

## Positionspapier der IHK Heilbronn–Franken zur Energiewende

### Grundlage

Die Industrie- und Handelskammer Heilbronn–Franken unterstützt das Ziel der Energiewende, die Energieversorgung zunehmend auf regenerative Quellen umzustellen, um sich dadurch von den Entwicklungen der Rohstoffmärkte und den politischen Risikofaktoren unabhängiger zu machen, sowie einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Energiewende bietet, bei richtiger Gestaltung und einer dringend notwendigen Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, nach wie vor große Chancen für die Technologie- und Innovationsentwicklung der Unternehmen der Region Heilbronn–Franken. Technologieführerschaft bei Erneuerbaren Energien, Energieeffizienztechniken und Klimaschutztechnologien sind Beispiele dafür. Zusätzlich führen verstärkte Investitionen in die energetische Sanierung von Unternehmen zu langfristigen Wettbewerbsvorteilen auf den Weltmärkten. Dies kann sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

### Bedenken

Durch vielfältige Eingriffe in den Markt, zu zaghafte Anpassungen des EEG sowie eine mangelnde Koordination zwischen dem Bund und den Ländern, hat die Politik die Kosten der Energiewende deutlich aus dem Ruder laufen lassen. Staatliche Abgaben, wie EEG-Umlage, Umlagen auf die Netzentgelte und die Stromsteuer, machen heute den größten Teil der Stromkosten für Wirtschaft und Verbraucher aus. Dies bedroht die Wettbewerbsfähigkeit und zunehmend die Akzeptanz der Energiewende bei vielen Unternehmen in der Region Heilbronn–Franken.

Auch die Versorgungssicherheit, bislang ein besonderes Qualitätsmerkmal Deutschlands, könnte zu einem Risikofaktor werden. Spätestens mit Abschaltung der Kernkraftwerke Philippsburg 2 (Dezember 2019) und Neckarwestheim 2 (Dezember 2022) sind Engpässe in der Stromversorgung des Südwestens zu befürchten.

Wir fordern daher den Bund und das Land Baden–Württemberg dazu auf, den Rahmen für die Energiewende neu zu gestalten!

### Abgabenbelastung

Kurzfristig sollte die Stromsteuer deutlich gesenkt werden. Dies reduziert für viele Unternehmen und Verbraucher die Kostenbelastung aus staatlichen Abgaben. Zusätzliche Umlagen auf den Strompreis darf es nicht mehr geben. Die EEG-Umlage sollte von der Mehrwertsteuer befreit werden.

## **Erneute Reform des EEG**

Die EEG-Umlage muss im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und des Standorts Deutschland sinken. Der Reformkompromiss des Energiegipfels zwischen der Bundesregierung und den Ländern wird zu einem weiteren Kostenanstieg bei den Strompreisen führen. Dies belastet ganz besonders die vielen kleinen und mittleren Produktionsunternehmen unserer Region. Hierdurch geht viel Investitionskapital verloren, das dringend in die energetische Sanierung der Betriebe zu investieren wäre.

Eine EEG-Reform sollte spezifische Techniken subventionieren. Diese Förderung soll langfristig für die Unternehmen planbar und kalkulierbar sein.

## **Eigenerzeugung von Energie**

Viele Unternehmen investieren aus Gründen der Energieeffizienzsteigerung, aber auch aufgrund von bestehenden Unsicherheiten der Energiewende, in die Erzeugung und die Nutzung von Eigenenergie. Die Eigenerzeugung soll von Abgaben freigestellt bleiben. Dies eröffnet dem Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Photovoltaik, interessante Chancen, ohne staatliche Zuwendungen zu wachsen. Gleiches gilt für die KWK-Nutzung.

## **Stromintensive Industrieunternehmen**

Die IHK Heilbronn-Franken fordert eine Fortsetzung der reduzierten EEG-Umlage für stromintensive Industrieunternehmen. Sie stellt keine Besserstellung deutscher Standorte gegenüber unseren europäischen Wettbewerbern dar, sondern ist die Bedingung dafür, international wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Gleichzeitig ist dies notwendig, um eine Abwanderung von Unternehmen ins Ausland zu vermeiden bzw. um zukünftige Investitionen in der Region Heilbronn-Franken oder in Deutschland zu halten.

## **Netzinfrastuktur**

Der Ausbau und die Anpassung der Netzinfrastuktur an die neuen Anforderungen der dezentralen und volatilen Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien ist für das Gelingen der Energiewende von zentraler Bedeutung. Ausreichende Nord-Süd-Verbindungen für Strom und Gas sind die Grundvoraussetzung, um die Versorgung in Süddeutschland langfristig zu sichern. Der Netzausbau ist in vielen Fällen die günstigste Option, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Umsetzung des Netzentwicklungsplans hat daher höchste Priorität. Wir sehen zunehmend Akzeptanzprobleme in breiten Schichten der Bundesbevölkerung. Hier fordern wir die Bundesregierung und das Land Baden-Württemberg auf, eine Aufklärungskampagne zu starten. Ein Ausbau der europäischen Netze ist ebenfalls notwendig, um eine absolute Versorgungssicherheit auch nach 2022 gewährleisten zu können.

## **Energieeffizienz**

Für die IHK Heilbronn-Franken ist die Steigerung der Energieeffizienz in den Unternehmen eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Energiewende erfolgreich umsetzen zu können. Wir wollen die Unternehmen intensiv aufklären, um die Effizienz weiter zu steigern. Hier sollten uns der Bund und das Land bei der Beratung der Unternehmen unterstützen, um aufzuzeigen welche enormen Einsparpotentiale in den meisten Firmen vorhanden sind. Neben Förderungen und Kreditangeboten, die möglichst unbürokratisch ausgestaltet sein müssen, fordert die IHK Heilbronn-Franken besondere Abschreibungssysteme auf Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen.

## **Windkraft**

Die IHK Heilbronn-Franken steht unter bestimmten Voraussetzungen zu dem Ausbau der Windenergie. Für die Landesregierung stellt sie die tragende Säule für das Gelingen der Energiewende in Baden-Württemberg dar. Die Region Heilbronn-Franken ist jetzt schon der Standort der meisten Windkraftanlagen im Land. Gem. dem Windatlas befinden sich die meisten windhöffigen Gebiete in der Region, sodass mit einem starken Ausbau in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Heilbronn-Franken braucht Energie und durch den Bau von Windkraftanlagen kann sehr viel Wertschöpfung in der Region entstehen. Zu berücksichtigen sind die Eingriffe in das Landschaftsbild sowie die evtl. auftretenden Lärmbelästigungen. Hier müssen die bestehenden Interessen der Tourismuswirtschaft intensiv geprüft und berücksichtigt werden.

## **Aufbau des Energiewissens in Unternehmen bei der Belegschaft und den Auszubildenden**

Um die Energiewende nachhaltig zum Erfolg zu führen ist es von größter Bedeutung, der Belegschaft und ganz besonders den Auszubildenden eines Unternehmens das notwendige Energiewissen zu vermitteln, um Einsparpotentiale erkennen und realisieren zu können. Die IHK Heilbronn-Franken wird sich in erhöhtem Maße dafür einsetzen, dass das energetische Wissen in den Unternehmen gestärkt wird. Hier fordern wir die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg und des Bundes.

## **Versorgungssicherheit**

Es gibt viele Ansatzpunkte um das Risiko bei der Versorgungssicherheit zu senken. Die IHK Heilbronn-Franken tritt dafür ein, wirtschaftlich sinnvolle Potenziale zur Flexibilisierung der Nachfrage, zum grenzüberschreitenden Handel, zur Speicherung oder zur intelligenten Koppelung der unterschiedlichen Erneuerbaren Energien zu erschließen. Um regionale Versorgungsengpässe zu verhindern, sollten die Reservekraftwerksverordnung und die Beschaffung der Kaltreserve hin zu mehr Transparenz weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Betrachtungszeitraum der Versorgungssicherheit bis nach 2022 auszudehnen, möglichen Handlungsbedarf gründlich und zügig zu untersuchen und darauf aufbauend Vorschläge für ein Marktdesign zu entwickeln, das den wirtschaftlichen Bau und Betrieb erforderlicher Kraftwerke sicherstellt. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Bund und Länder sich eng abstimmen. Insbesondere muss der Netzausbau und die Netzmodernisierung vorangetrieben werden.

## **Europäisierung des Strommarktes**

Die IHK Heilbronn-Franken hält es für dringend geboten, dass Deutschland die Energiepolitik stärker mit seinen europäischen Nachbarn koordiniert. Ein europäischer Strommarkt schafft zusätzliche Möglichkeiten zur Optimierung des Risikoausgleichs und der Versorgungssicherheit und gewährleistet gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen in Europa.

**Heilbronn, 23. Juli 2014**

**Prof. Dr. Dr. h.c. Harald Unkelbach**  
**Präsident**

**Elke Schweig**  
**Hauptgeschäftsführerin**